

ANDRÁSSY GYULA DEUTSCHSPRACHIGE UNIVERSITÄT BUDAPEST
INTERDISZIPLINÄRE DOKTORSCHULE POLITIKWISSENSCHAFTLICHES TEILPROGRAMM
LEITERIN: PROF. DR. ELLEN BOS



INES BIANCA GRUBER

**DIE MINDERHEITENPOLITIK DER REPUBLIK UNGARN
GEGENÜBER DEN UNGARISCHEN MINDERHEITEN IM
ANGRENZENDEN AUSLAND NACH DER WENDE 1989
(THESENBLATT)**

BETREUER: PROF. DR. PÉTER BALÁZS (CEU)

DISPUTATIONSKOMMISSION:

PROF. DR. ELLEN BOS (VORSITZENDE, AUB)

PROF. DR. FRIEDHELM BOLL (OPPONENT)

MAG. IUR., DR. IUR., DR. PHIL. OLIVER RATHKOLB (OPPONENT)

DR. ZOLTÁN PÁLLINGER (AUB)

PROF. DR. GERHARD SEEWANN (PTE)

ERSATZMITGLIEDER:

DR. THOMAS SCHMITT (AUB)

PROF. DR. HENDRIK HANSEN (AUB)

EINGEREICHT: Juni 2015

Anlage:

1. Lebenslauf

2. Publikationen / Konferenzvorträge

Einleitung

Trianon: das Trauma, dass sich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges durch die ungarische Geschichte zieht, heizt bis heute die Frage der Minderheiten in Mittel- und Osteuropa an. Ein fast unendlich scheinendes Thema, das auch in den vergangenen Jahren in Ungarn, Mitteleuropa und in der Europäischen Union in der Gesellschaft, Geschichts- und Politikwissenschaft diskutiert wurde. Minderheitenprobleme, die durch die kommunistisch dominierten Regime unterdrückt wurden, brachen nach deren Niedergang in diesen Gebieten wieder auf und brachten die alten, im 19. und 20. Jahrhundert entstandenen, durch ethnische und kulturelle Vielfalt bedingten Konflikte erneut auf die Tagesordnung. Die Tschechoslowakei zerfiel durch wiedererwachte nationalistische Ströme und spaltete sich 1993, und auf dem Balkan, im ehemaligen Jugoslawien, kam es sogar zum Bürgerkrieg und dadurch zur Neugründung, beziehungsweise Wiedergründung von Staaten.

Die vorliegende Arbeit wendet sich der komplexen Situation der heutigen Republik Ungarn zu, welche nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit etwa 2,5 Millionen Auslandsungarn konfrontiert wurde und bis heute wird. Ziel der Abhandlung ist es aufzuzeigen, welche Wege, Mittel und Ansätze die ungarischen Regierungen nach der Wende verfolgt haben um die Problematik mit den konationalen Minderheiten in den Nachbarstaaten anzugehen, ob und welche Unterschiede dabei zwischen den Parteien bestanden und bestehen und wodurch diese bedingt werden. Um diese Thematik umfassend aufzuarbeiten, umfasst diese Arbeit neben Elementen und Inhalten der Politikwissenschaft, zusätzlich Aspekte der Geschichts- und Rechtswissenschaft.

Am Anfang der Dissertation werden die Fragestellung und Annahmen, sowie die Theorien der Außenpolitik und der Nation erörtert. Dem folgt eine Einführung in die Geschichte Mitteleuropas und seiner heutigen Staaten, also Ungarn und seinen Nachbarstaaten Österreich, Slowakei, Ukraine, Rumänien, Serbien, Kroatien und Slowenien. Auch die Tschechei findet dabei Erwähnung, da sie Teil der Österreich-Ungarischen Monarchie und dann später der Tschechoslowakei war. Dies soll zum besseren Verständnis von Minderheitenproblematik und Konflikten in Mitteleuropa

beitragen und als Hintergrundwissen dienen. Nach diesem Überblick wird auf die internationalen und nationalen Rechte und deren Entwicklung eingegangen. Dabei werden die internationalen Regelungen der UN, des Europarates und der Europäischen Union, sowie der Konferenz und Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung behandelt. In diesem Rahmen soll außerdem der Versuch einer Definition des Begriffs Minderheiten unternommen werden. Die internationalen Regelungen werden von den national gewährten Rechten der Republik Ungarn und seiner Nachbarstaaten vervollständigt, womit der heutige verrechtlichte Minderheitenschutzbereich in Mitteleuropa aufgezeigt werden soll.

Dem Rechtsteil folgt der politikwissenschaftliche Aspekt der Dissertation, der sich zuerst mit der politischen Ausrichtung der Parteien in Ungarn und mit den Minderheitenparteien der Auslandsungarn in den Nachbarstaaten beschäftigt. Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der ungarischen Außenpolitik, den geschlossenen Grundsatzverträgen, dem Statusgesetz und den verschiedenen Vorschlägen und Ansätzen der ungarischen Regierungen seit der Wende 1989 bis 2014 in der Minderheitenpolitik. Dies beinhaltet auch die Entwicklungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes, die Verfassungs- und Wahlrechtsänderung, welche erst in der vergangenen Regierungsperiode 2010-2014 entstanden sind. Danach soll das eingangs bereits erwähnte Thema Trianon trotz der ausführlichen Erklärung im Geschichtsteil noch einmal aufgegriffen und seine Bedeutung für die ungarische Gesellschaft untersucht werden.

Dieser geschichtliche, rechtliche und politische Überblick über die Regierungsjahre und Entwicklungen der Gesetzeslage in und um Ungarn wird abschließend in der Zusammenfassung summiert und unter den Gesichtspunkten der getroffenen Annahmen bewertet.

Forschungsstand

Minoritäten stellen häufig einen Destabilisierungsfaktor in den Nationalstaaten dar, den es zu umgehen und zu bewältigen gibt, da sonst die Stabilität von ganzen Regionen oder Staatenzusammenschlüssen, wie der Europäischen Union gefährdet sein könnte. Daher sind Minderheiten, Minderheitenschutz und Minderheitenpolitik Gegenstand von zahllosen Forschungen in vielen wissenschaftlichen Disziplinen, wie auch der Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft und Geschichte, was ihrer Aktualität und Relevanz in Bereich der Menschenrechte, der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik geschuldet sein mag. Die Forschung zu diesem Thema ist insbesondere in der Geschichte und Rechtswissenschaft sehr ausgeprägt und umfangreich. In der Politikwissenschaft, insbesondere im Bezug auf Ungarn werden die Studien oder Analysen nach etwa 2006 weniger und werden in der Arbeit von den Medien ergänzt.

Das Defizit der Minderheitenforschung in Bezug auf Ungarn und die Auslandsungarn liegt nicht an der fehlenden Literatur zu diesem Thema, im Gegenteil es gibt einiges und auch sehr ausführliches zu einzelnen Aspekten (Doppelstaatsbürgerschaftsdiskussion 2004, Statusgesetz, Rechtslage der Minderheiten in Ungarn und den Nachbarländern) sowohl auf Deutsch, Englisch als auch auf Ungarisch, jedoch fehlt häufig die Verknüpfung der verschiedenen Disziplinen, wie Geschichte (Seewann, Schmidt-Schweizer), Recht (Pan, Küpper) und Politikwissenschaft (Kiss, Dieringer). Allerdings verbinden Bárdi und Kántor Recht und Politik häufig miteinander. Außerdem fehle, laut Opitz, auch eine Untersuchung darüber, wie Minderheiten im parteipolitischen Wettbewerb behandelt werden, denn der Erfolg des Minderheitenschutzes hänge oft von diesem Wettbewerb ab. Die Instrumentalisierung von Minderheitenfragen in den Wahlkämpfen, die Einbindung von Regional- und Minderheitenparteien in Regierungskoalitionen und die Personalisierung der Minderheitenfragen haben häufig Bedeutung für den Fortschritt oder die Stagnation im Minderheitenschutz. Die vorliegende Dissertation versucht diese Lücke(n) zu schließen und die Erkenntnisse dieser Fachrichtungen systematisch zusammenzuführen.

Thesen

Vorliegende Arbeit widmet sich also der Untersuchung der verschiedenen Aspekte der Politik-, Rechts- und Geschichtswissenschaft in Hinblick auf die Ansätze der ungarischen Parteien in der Minderheitenpolitik. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass konservative Parteien in der Innen- und Außenpolitik im Großen und Ganzen den Ideen des Realismus, liberale und soziale dagegen denen des Liberalismus folgen. Die Konservativen betreiben daher verstärkt „Nation building“, eine eher auf die Nation ausgerichtete Politik, betonen Traditionen und Geschichte stärker und könnten dadurch einen besseren Stand bei den Minderheiten haben. Deswegen läge es in ihrem Interesse sich intensiver mit diesen zu beschäftigen. Sie sicherten sich so die Unterstützung ihrer Wähler und der Auslandsungarn, was ihre Wiederwahl begünstigen könnte. Parteien des linken Politikschemas tendieren eher zur Akzeptanz der Gegebenheiten, agieren zukunftsorientierter und legen ihr Hauptaugenmerk auf den Aufbau von guten Beziehungen zum Westen, insbesondere zur Europäischen Union durch eine ausgewogene und auf Konsens gerichtete Nachbarschaftspolitik. Außerdem könnten sie den Aspekt der sozialen Konsequenzen, die auf die ungarischen Bürger zukommen, wenn man Auslandsungarn soziale und kulturelle Rechte über die Grenzen hinaus gewährt, anders bewerten als die konservativeren Kräfte. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls der Einfluss und Widerstand von außen – der Nachbarländer und der Europäischen Union – bei der Entscheidungsfindung und den Gesetzgebungsprozessen der ungarischen Regierungen untersucht werden.

Ausgehend von liberalen oder real-politischen Ansätzen der konservativen und liberalen, sozialen Parteien in der ungarischen Innen- und Außenpolitik, kann ebenfalls vorausgesetzt werden, dass diese Parteien nicht nur unterschiedliche Ansätze in der Minderheitenpolitik verfolgen, sondern auch eine grundlegend andere Vorstellung über die ungarische Nation, ihr Bestehen und ihre Entwicklung, sowie die Handhabung der Nachbarschaftspolitik haben.

Die Frage, ob in einem Europa ohne Grenzen ein „Nation building“ nötig und zeitgemäß ist, sowie die Position der Auslandsungarn und Minoritäten in der ungarischen Innen- und Außenpolitik sollen daraufhin untersucht werden, wer genau diese Themen in die Politik einführt und verfolgt. Minderheiten, Minderheitenkonflikte

und Minderheitenschwierigkeiten sind keine neue Problematik in der europäischen Geschichte, jedoch wurden sie durch die Nationalstaatsbildung ab dem 19. Jahrhundert verstärkt und verschärft. Obwohl die Nationsbildungsprozesse normalerweise wenigstens teilweise vom Volk (bottom-up Ansatz) ausgehen, werden sie jedoch immer von den Eliten geleitet und getragen, die im Verlauf der Entstehung versuchen ihre eigenen Vorstellungen auf die ganze Nation zu übertragen. Daher wird davon ausgegangen, dass in diesem Fall ein top-down Ansatz besteht, von dem angenommen wird, dass er auch auf die Minderheitenpolitik der Staaten in Ostmitteleuropa und insbesondere in Ungarn angewendet werden kann. Das würde bedeuten, dass die Elite, in erster Linie natürlich die politischen Vertreter, das Thema der Auslandsungarn zum Problem und damit zum Teil der politischen Agenda machen, was die Konflikte in und um Ungarn weiter schürt und nicht zu Ruhe kommen lässt.

Dabei soll auch kritisch hinterfragt werden, ob und warum die Minderheiten in Ungarn und die Auslandsungarn wichtig für die Politiker sind. Geht es wirklich um Gleichstellung und Sicherung der Rechte von Volksgruppen, die seit Jahrhunderten in Ungarn und seinen Nachbarstaaten leben und als Staatsbürger benachteiligt werden, weil sie einer Minorität angehören? Oder steht dahinter die Innenpolitik und das politische Kalkül mit dem Ziel sich eine Wählerschaft zu sichern? Sind die Minderheiten an sich eigentlich nicht so wichtig, da sie keinen großen Anteil der Wähler in Ungarn ausmachen und über wenig politisches Gewicht verfügen, oder stellen sie den einzigen Grund und Auslöser für diese Politik dar?

Durch die Nationalstaaten könnten Minderheiten außerdem generell ins Hintertreffen gelangen, denn diese stellten nach Lord Acton den größten Feind der Rechte der Nationalitäten dar. Minoritäten innerhalb eines Staates würden durch die Verschmelzung von Nation und Staat zu Störfaktoren innerhalb der Grenzen, welche die Existenz desselben bedrohe. Nur ein Staat der mehrere verschiedene Nationalitäten mit einschließt ohne sie zu unterdrücken könne Freiheit erschaffen, denn seiner Meinung nach verurteilt sich „ein Staat, der unfähig ist, den Belangen verschiedener Völker Genüge zu tun“, selbst, denn „ein Staat, der darauf hinarbeitet, sie zu neutralisieren, zu absorbieren oder gar auszutreiben, zerstört seine eigene Lebenskraft: ein Staat, der sie nicht aufnimmt und in seine Strukturen einbaut, beraubt sich der Hauptgrundlage von Freiheit und Demokratie.“

Vorgehensweise

Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft sind eng miteinander verbunden, beeinflussen und determinieren einander. Politik kann häufig nur aus dem Kontext der Geschichte verstanden und analysiert werden. Ohne Kenntnisse über die Geschehnisse im 19. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa, den Ersten und Zweiten Weltkrieg, die Friedensverträge von Paris und den ungarischen Gebietsverlust durch den Vertrag von Trianon, und das damit verbundene gesellschaftliche und unüberwindbar scheinende Trauma, sind die damaligen und heutigen politischen Entscheidungen und die Aktualität des Themas Auslandsungarn schwierig nach zu vollziehen. Durch die nach dem Zweiten Weltkrieg folgende Eingliederung in den Ostblock, wurden die schwelenden nationalen Konflikte zwischen Ungarn und seinen Nachbarstaaten für Jahrzehnte unterdrückt, die dann mit der Wende erneut aufbrachen und die Frage der Minderheiten wieder aus der Versenkung holten. All diese Ereignisse führten dazu, dass die ungarische Gesellschaft und damit auch die Politik und die Regierenden Ungarns und seine Nachbarstaaten sich bis zum heutigen Tage mit der Materie befassen und befassen müssen. Die Eingliederung der ost- und mitteleuropäischen Staaten in internationale Gremien brachte zwar ein generelles Minimum an Minderheitenschutz, dem jedoch während des Kalten Krieges nicht viel Bedeutung beigemessen wurde. Durch die Krise auf dem Balkan und den Zerfall der Tschechoslowakei rückten die Minderheiten als Krisenpotenzial wieder in den Vordergrund und so wurde für die Beitrittskandidaten der EU der Minderheitenschutz eine Bedingung zum Beitritt. Im Folgenden sollen nun die bisher untersuchten Themengebiete zusammengefasst und bewertet werden.

Die Rahmenbedingungen für eine Modernisierung in Osteuropa waren gekennzeichnet von strukturellen Schwierigkeiten, die durch die abhängige Entwicklung von ihren Nachbarstaaten mitbestimmt wurden. Dadurch kann auch zum Teil die späte Zuwendung zum Nationalstaat erklärt werden. Die Region präsentiert sich in Sachen Außenpolitik / Westpolitik fast einheitlich, jedoch in Bezug auf die Nationalpolitik sehr unterschiedlich. Letzteres liegt an der Anzahl der außerhalb der Staatsgrenzen lebenden Nationsangehörigen, die in Ostmitteleuropa fast jeder Staat in unterschiedlicher Stärke hat. Die größte Minderheit machen davon die Auslandsungarn aus.

Für den Begriff der Minderheiten gibt es außerdem keine konsensfähige soziologische oder politische Definition. Selbst im Völkerrecht konnte sich bisher kein einheitlicher Begriff durchsetzen. Diese Schwierigkeiten entstehen einerseits durch die konkreten Ausprägungen des Minderheitenrechtes in den internationalen Rechtsordnungen, wie das völkerrechtlich anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker (Art 1. S. 2 UN-Charta), und die in den Kopenhagener Kriterien (1993) verankerte Anforderung der Garantie von Menschen- und Minderheitenrechten. Andererseits resultieren sie aus den Möglichkeiten der Ausgestaltung des Rechts durch die Nationalstaaten. Zur Auswahl stehen verschiedene Konzepte zur Durchführung des Minderheitenschutzes, wie Individual- oder Gruppenrechte oder verfassungsrechtlich gewährte Ansprüche, wie Diskriminierungsverbote, die unterschiedlich ausgestaltet und angewandt werden können, solange, jedenfalls bei den Mitgliedern des Europarates, die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht verletzt wird. Jeder Staat gibt „seinem“ Minderheitenbegriff also eine eigene Ausprägung und eigenen Inhalt.

Um all diese Aspekte zusammenzufügen geht die Arbeit nach der Definition und Erörterung von einzelnen Aspekten wie Nation und Volk, chronologisch vor. Sie zeigt die Hintergründe der entstandenen Konflikte im Geschichtsteil auf, der gezwungenermaßen ganz Mittel- und Osteuropa umfassen muss, geht dann dazu über die bestehenden Rechte in der Region, ob völkerrechtlich, europarechtlich oder nationalrechtlich detailliert darzulegen, bevor sie schließlich zum Kernteil kommt, der Minderheitenpolitik der ungarischen Regierungen gegenüber den Auslandsungarn.

Untersucht werden hierbei neben einschlägiger Literatur von renommierten Autoren die Rechtstexte der internationalen Organisationen, wie der UNO und EU, Abkommen und Gesetze der Nationalstaaten, Regierungsveröffentlichungen und Parteiprogramme, sowie Artikel aus den Medien. Gegensätzliche Ansätze und Vorstellungen werden dabei mit einbezogen und gegeneinander gestellt um die bereits erwähnten Thesen zu widerlegen oder zu bestätigen.

1. Lebenslauf

Geburtsdatum: 17.11.1983
Geburtsort: München
Staatsbürgerschaft: Deutsch

Bildungsweg

seit 01. Oktober 2010 – Andrassy Universität Budapest:
Doktorand, Teilprogramm Politikwissenschaften
Titel der Dissertation: “Die Minderheitenpolitik der Republik Ungarn gegenüber den ungarischen Minderheiten im angrenzenden Ausland nach der Wende 1989“
Rigorosum: 10.06.2014, Summa Cum Laude

01. September 2010 – Andrassy Universität Budapest:
24. Februar 2014 **Master in Internationalen Beziehungen (IB)**:
Gesamtnote: 4,23
Titel der Abschlussarbeit: “Minderheitenpolitik der Republik Ungarn im Ausland” (Note 4)

01. Februar 2011 – Andrassy Universität Budapest:
September 2013 **Master in International Economy and Business (IEB)**:
Gesamtnote: 4,35
Titel der Abschlussarbeit: “Der Fall Microsoft aus ökonomischer Sicht” (Note 5)
Teilnahme am Wettbewerb „Top Master 2013“ von F.A.Z.
Hochschulanzeiger und MakingScienceNews: Platz 5

01. September 2005 – Eötvös Loránd Universität Budapest – ÁJK:
14. Juli 2010 **Diplom in Politikwissenschaft** (MA gleichgestellt)
Gesamtnote: Summa Cum Laude
Titel der Abschlussarbeit: „Az Amerikai Egyesült Államok és a Német Szövetségi Köztársaság külkapcsolatai az ezredfordulón” (“Die Außenbeziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland während der Jahrtausendwende“)

01. Oktober 2004 – FernUniversität in Hagen: Bachelor of Laws
01. Juni 2008 (nicht abgeschlossen)

01. September 2003 – Multimedia Techniker Ausbildung
10. Juni 2004

Sommeruniversitäten

08. Juli 2012 – 21. Juli 2012	International Summer School NICLAS (New International Constitutional Law & Administrative Studies): Minderheiten
22. April 2012 – 28. April 2012	European Academy of Diplomacy: European Diplomacy Workshop
04. Juli 2011 – 16. Juli 2011	International Summer School NICLAS (New International Constitutional Law & Administrative Studies): Migration
17. August 2008 – 01. September 2008	Intercultural Summer School Berlin 2008 (ISSB 2008), Thema: kulturelle Differenzen, Migration und Integration

Berufserfahrung

ab 13. März 2015	Datenanalyst, Investigative Journalist bei Choice Magazine (Sydney)
01. März 2014 – 18. September 2014	Projektmanager bei NLDesign / Stilldesign (Budapest / München)
14. Juni 2010 - 01. September 2013	Freiberufliche Journalistin bei der Budapester Zeitung (Budapest)

Praktika / Ehrenamtliche Arbeit

November 2012 – November 2013	Vertreterin der AUB Doktoranden im Landesweiten Doktorandenverband
November 2011	Aushilfe bei der Konferenz über die Roma Strategie der Europäischen Union
September 2011 – November 2012	Vertreterin der Doktoranden im Doktorenrat der Andrassy Universität
01. September 2009 – 27. November 2009	Praktikantin am Deutschen Bundestag – Abteilung für Europa
29. September 2008 – 24. Oktober 2008	Praktikantin bei der Deutschen Botschaft in Budapest
Oktober 2006 – Juli 2010	Mentor für Erasmusstudenten
Oktober 2005 – Juli 2010	Instruktor des Politologenkreises für Erstsemester

Stipendien

01. September 2012 – 31. Oktober 2012	Field Trip Forschungsstipendium (TÁMOP-Projekt Nr. 4.2.2/B-10/1-2010-0015)
08. Juli 2012 – 21. Juli 2012	Stipendium: International Summer School NICLAS: Minderheiten
22. April 2012 – 28. April 2012	Stipendium: European Academy of Diplomacy
15./16. März 2012	TÁMOP Stipendium (4.2.2B-10/1-2010-0015): Doktorandenkolloquium Klausenburg
01. September 2011 – 31. Januar 2012	Stiftung Aktion Österreich Ungarn für IEB
04. Juli 2011 – 16. Juli 2011	Stipendium für die International Summer School NICLAS: Migration
01. September 2010 – 31. Dezember 2010	Bayernstipendium 2010 für IB
01. September 2010 – 31. August 2013	Promotionsstipendium der AUB
01. September 2009 – 27. November 2009	Erasmus Praktika Stipendium: Deutscher Bundestag
01. Januar 2009 – 31. Mai 2009	Erasmus Stipendium: University of Jyväskylä (FIN)
01. September 2005 – 14. Juli 2010	Staatlich finanziertes Studium an der ELTE-ÁJK

Forschungsschwerpunkte:

Minderheitenrechte im Völkerrecht, Europarecht
Minderheitenrechte in den Staaten Mittel- und Osteuropas
Geschichte der Minderheiten in Mittel- und Osteuropa
Nation-building, Nationsbegriff
Außen- und Innenpolitik der Republik Ungarns
Theorien der internationalen Beziehungen

2. Publikationen / Konferenzvorträge

Publikationen

- 2015 Erinnerungsband für Gáspár Bíró, Institutul pentru Studierea Problemelor Minorităților Naționale, Beitrag „Die Rechte der Minderheiten im Völkerrecht und Europarecht” (unter Veröffentlichung)
- 2014 AUB Working Paper: „Minderheiten und ihre Rechte in Europa - Länderstudie Ungarn - “, Donau-Institut Working Paper No. 51, ISSN 2063-8191
- 2014 “Minderheitenpolitik der Republik Ungarn im Ausland”, ISBN: 978-3-656-63058-6
- 2014 Masterarbeit “Der Fall Microsoft aus ökonomischer Sicht”, ISBN: 978-3-656-58328-8
- Januar 2013 Jubiläumsband der AUB (Mai 2011): "Die Donauregion in Europa", Verlag Nomos (Beitrag: "Minderheitenpolitik der Republik Ungarn im Ausland"). ISBN 978-3-8329-7333-922.

Konferenzvorträge

- 18.-20. Oktober 2012 Konferenz der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e.V in Komárom/Komárno, (Oktober 2012): "Nationalitäten und Minderheiten in der Donau-Karpaten Region". Beitrag: "Die Minderheitenpolitik der Ungarischen Regierung gegenüber den Auslandsungarn nach der Wende".
24. November 2011 Konferenz über die Roma Strategie der Europäischen Union an der Andrassy Universität Budapest. Beitrag: Falluntersuchung der Situation in Tiszabö und Tiszabura
- 17.-18. Juni 2011 Young Citizens Danube Network (YCDN) Konferenz in Budapest, Workshop: "National identity, myths and feelings: Breaking the stereotype". Beitrag: “National Identity and dual citizenship (Research in Slovakia)”.
- 19.-20. Mai 2011 Jubiläumskonferenz der Andrassy Universität Budapest: "Der Donauraum in Europa", Beitrag: "Die Minderheitenpolitik der Ungarischen Regierungen”.
02. Oktober 2008 Coffee and Foreign Politics, Ungarisches Institut für Internationale Beziehungen: "Wahlen in Österreich 2008".
20. September 2008 Konferenz über die vorgezogenen Wahlen in der Europäischen Union, Beitrag: "Österreich".